

**„Politisierung der Wissenschaft“:
Jüdische, völkische und andere
Wissenschaftler an der Universität
Frankfurt am Main**

Veranstalter: Johannes Fried / Moritz Epple / Janus Gudian, Historisches Seminar, Goethe-Universität Frankfurt am Main; Raphael Gross, Fritz Bauer Institut

Datum, Ort: 27.06.2012–01.07.2012, Frankfurt am Main

Bericht von: Janus Gudian, Historisches Seminar, Goethe-Universität Frankfurt am Main

Anlässlich des 100jährigen Bestehens der Goethe-Universität Frankfurt am Main 2014 organisierten das Historische Seminar und das Fritz Bauer Institut eine internationale Tagung zur interdisziplinären Wissenschafts- und Universitätsgeschichte. Im Fokus stand die politische Wissenschaftskultur in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, insbesondere das Verhältnis von jüdischen und deutsch-völkischen Wissenschaftlern: ob und wie die politische Überzeugung das Wissenschaftsverständnis der Universitätsgelehrten beeinflusste, wie sich dadurch das Verhältnis der Wissenschaftler zueinander und die Arbeitsatmosphäre gestaltete, in der neue, richtungsweisende Forschungsfragen entstanden. Die Frankfurter Universität bot sich als einzigartiges Studienobjekt an, da an ihr zwischen 1914 und 1933 eine exzeptionell hohe Anzahl jüdischer Professoren wirkte (1933 wurden aufgrund ihres mosaikischen Glaubens circa 100 Gelehrte entlassen). Die Frankfurter Universität wurde 1914 als städtisch-bürgerliche Stiftung gegründet. Dabei waren zu einem großen Anteil jüdische Bürger beteiligt. Durch die Form einer Stiftung wurde die Universität als quasistaatlicher Freiraum geschaffen: Erklärtes Ziel der Stifter war eine „freie“ Universität – eine, die nicht den üblichen Zwängen der preußischen Berufungspolitik unterlag. Von Anfang an betrieb man bei den Frankfurter Berufungen eine liberale, die Konfession ausklammernde Politik.

Verdankte die Universität ihr Bestehen maßgeblich jüdischen Bürgern, so ihren hervorragenden Ruf hinsichtlich ihrer wissenschaftlichen Innovationskraft nicht zuletzt den jüdischen Professoren, die die Universität

Frankfurt prägten und in die Gesellschaft hineinwirkten: Mit ihren progressiven Sichtweisen, innovativen Fragestellungen und modernen Methoden schufen sie ganze Forschungsfelder neu. Dabei waren Juden und Völkische institutionell sowie durch die wissenschaftspolitische (Streit-)Kultur verbunden. Diese zweifache Verbundenheit bei gleichzeitiger politischer Diskrepanz lenkte den Blick der Tagung auf die Ausgestaltung ihres Verhältnisses, denn die Forschung hat von keinem konkreten Konflikt – etwa in Form eines wissenschaftlichen Disputs – zwischen jüdischen und völkischen Wissenschaftlern an der Frankfurter Universität vor 1933 Kenntnis und nur in einem Fall setzte sich ein jüdischer Gelehrter explizit zur Wehr (Ernst Kantorowicz, 1933). Obwohl in Frankfurt viele jüdische Professoren wirkten, die ihrem Selbstverständnis nach die intellektuelle Speerspitze der jüdischen Emanzipation bildeten und von denen man erbitterten geistigen Widerstand hätte erwarten können, fand die Ablösung des wissenschaftlichen Personals 1933 reibungslos statt.

Nach 1933 drohte der Universität aus drei Gründen die Schließung: Erstens (rein praktisch) aufgrund des personellen Aderlasses, zweitens (formal) wegen ihres der Gleichschaltung entgegenstehenden Stiftungscharakters und drittens (historisch) angesichts ihres jüdischen Rufes. Ausgerechnet der Gauleiter Jakob Sprenger sandte einen Hilferuf an Adolf Hitler, in welchem er argumentierte, dass durch ihre Traditionslosigkeit (und der erfolgten Massenentlassung) die Frankfurter Universität den nationalsozialistischen Geist in Zukunft besonders gut verkörpern könne. Die Argumente wurden Sprenger vom Rektor der Universität, Walter Platzhoff, in die Feder diktiert.

Der vom Botschafter AVI PRIMOR (Herzliya) gehaltene Festvortrag verknüpfte das Tagungsthema über das Verhältnis von Wissenschaft und Politik mit den Erfahrungen eines Diplomaten und stellte es von der praktischen Seite dar. Im Hinblick auf die jüdisch-völkischen Beziehungen wollte sich die Tagung durch Verhältnisfragen auszeichnen und thematisierte die Gegenüberstellung zum Beispiel von Kollegen, Lehrern und Schülern oder Vorgänger und Nachfolger ei-

nes Lehrstuhls. Die Tagung wurde ermöglicht durch die großzügige Förderung der Gerda Henkel Stiftung, der Fritz Thyssen Stiftung für Wissenschaftsförderung, der Stiftung Polytechnische Gesellschaft Frankfurt am Main, der Alfons und Gertrud Kassel-Stiftung sowie der Vereinigung der Freunde und Förderer der Goethe-Universität Frankfurt am Main.

In seiner Begrüßung legte JOHANNES FRIED (Frankfurt am Main) das Augenmerk auf die gesellschaftliche und politische Verantwortung der Wissenschaft angesichts der gesellschaftlichen Umwälzung in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Durch die Forschungsgerate die heutigentags in der Erinnerungspolitik vorherrschende „Tektonik des klaren und eindeutigen Gut und Böse ins Wanken“, verschieben sich klare Grenzziehungen. Zum programmatischen Titel sei ein Wort des Philosophen Karl Löwith gewählt worden, um die Interdependenz von Wissenschaft und Politik einzufangen: „Politisierung der Wissenschaft“.

Laut STEVEN E. ASCHHEIM (Jerusalem) könne Frankfurt als intellektueller Mikrokosmos Weimars angesehen werden; die Geschichte der Frankfurter Universität gleiche durch ihre zweiseitige Traditionslosigkeit fast der der Weimarer Republik in ihrer Gesamtheit: einerseits habe diese Traditionslosigkeit zu einer wissenschaftlichen Offenheit verholfen, andererseits habe die Universität dadurch dem Eindringen des nationalsozialistischen Gedankenguts kaum etwas entgegenzusetzen gehabt. Aschheim unterschied drei Figurengruppen innerhalb der Weimarer Intellektuellenszene: linke und rechte radikalisierte Geister sowie Liberale. Eine Gemeinsamkeit sei, dass alle den alten politischen und moralischen Ordnungen skeptisch gegenübergestanden und auf wissenschaftlicher Verständnissuche gewesen seien: nach Angeboten, um die verwirrende politische Gegenwart Weimars zu bewältigen. Gerade der Zusammenhang zwischen dem (sozialen und politischen Faktoren geschuldeten) Zustandekommen eines Suchens nach neuen Methoden, Ansätzen und Denkweisen in der Wissenschaft und den politischen Implikationen, der politischen Erneuerung unter dem Zeichen des Postliberalismus, habe implizit zu einer Ablehnung des liberalen Denkens und

zur Radikalisierung beigetragen.

SHULAMIT VOLKOV (Tel Aviv) gab einen Überblick über die Genese der jüdischen Emanzipation, inklusive der gesellschaftlichen Voraussetzungen und Erwartungen. In Deutschland, so Volkov, verdienten sich die Juden durch Leistung ihre Existenzberechtigung. Der Glaube an die universalen Wahrheiten der Wissenschaft, dass etwa die Naturgesetze Diskriminierung zumindest erschweren, habe dazu geführt, dass die Juden den Kampf um ihre Integration qua Leistung häufig auf dem Feld der Wissenschaft antraten. Dabei sei allerdings zwischen den Natur- und den Geisteswissenschaften zu unterscheiden, denn in letzteren sei der Gedanke an das Deutschtum viel stärker präsent gewesen als in ersteren und eine Integration der jüdischen Gelehrten daher ungleich schwieriger: Juden galten als nicht „professorabel“. Der einzige Ort, an welchem Juden vollständig integriert gewesen seien, sei eben nicht die Universität oder die Wissenschaft gewesen, sondern Deutschlands gesellschaftliche Elite – wofür Walther Rathenau als Beleg herangezogen wurde.

MOSHE ZIMMERMANN (Jerusalem) wies darauf hin, dass Juden nicht zwangsläufig liberal gesinnt waren, ebensowenig wie sich völkische Tendenzen auf Deutschland beschränkten. Zudem sei „völkisch“ ein unklarer Begriff. Zimmermann unterschied zwischen zwei Versionen des völkischen Denkens, einer „weichen“ und eine „harten“. Diese Unterscheidung habe die grundsätzliche Adaptierung der völkischen Sichtweise in Israel ermöglicht: Völkisches Denken sei zu einer Exportware geworden, die ihren Weg über die Bewegung des Zionismus und über jüdische Historiker in die israelische Gesellschaft und in das israelische Geschichtsverständnis gefunden habe. Als Beispiel nannte Zimmermann den Historiker Benion Netanjahu: dessen völkische Geschichtsinterpretation habe über dessen Sohn, den israelischen Ministerpräsidenten, Eingang in das Politikverständnis Israels gefunden. Grundsätzlich sei dieser Transfer durch die vergleichbaren Probleme von Deutschland und Israel ermöglicht worden, denn die in Deutschland lange Zeit vorherrschende Diskrepanz zwischen Volk und Staat sei der Situation der aus

der Diaspora nach Palästina zum Zwecke einer Staatsgründung kommenden Juden vergleichbar gewesen.

DAVID DYZENHAUS (Toronto) stellte die Auswirkungen von Rechtstheorien in der Praxis dar. Dabei konzentrierte er sich auf den juristischen Prozeß, der dem sogenannten Preußenschlag folgte. In dieser Verhandlung trafen Hermann Heller, der als Vertreter der preußischen SPD-Regierung auftrat, Hans Kelsen und der die Reichsregierung vertretende Carl Schmitt aufeinander und verhandelten ihre politischen Auffassungen im Medium des Rechts. Diese Auseinandersetzung war zudem von persönlicher Natur, denn 1931 standen Schmitt und Heller auf derselben (Frankfurter) Berufungsliste. Abschließend wurde die mögliche Existenz einer spezifisch jüdischen Rechtsauffassung erörtert: Die jüdischen Rechtsgelehrten entwickelten ihre Rechtstheorien auf der Basis ihrer spezifischen politischen Notwendigkeiten und kamen zu gesellschaftlichen Integrationskonzepten.

PETER C. CALDWELL (Houston) thematisierte die politischen und rechtswissenschaftlichen Grundannahmen Ernst Forsthoffs, die ihn vor 1933 zum Nationalsozialismus brachten und wofür er bis zu seiner Abkehr vom Nationalsozialismus 1935 einstand. Forsthoff, so führte Caldwell aus, wollte die historisch-politischen Grundannahmen seines Lehrers Carl Schmitt in Recht umsetzen. Aus der Übernahme dieser Vorstellungen habe Forsthoffs Vorliebe für die Diktatur zum Zweck einer homogenen Gesellschaft resultiert. Caldwell zufolge kommen im Leben und Werk Forsthoffs den zwei Jahren an der Frankfurter Universität (1933-1935) eine Scharnierfunktion zu, insofern in ihnen sowohl die Hinwendung zum als auch die Abkehr vom Nationalsozialismus zu greifen sei; auch könne anhand der Berufung Forsthoffs die Transformation der Universität insgesamt expliziert werden.

MICHAEL ZANK (Boston) ging auf die Berufung Martin Bubers auf eine neue Art von Lehrstuhl ein: in den 1920er-Jahren rang das Fach der jüdischen Religionswissenschaft generell noch um akademische Emanzipation. Die Einrichtung einer solchen Professur bedeutete zudem ein Novum für die auf-

grund ihres privaten Stiftungscharakters ohne theologische Fakultät gegründete Universität Frankfurt. Der Versuch Bubers, in seinem Werk vom „Königtum Gottes“ (1932) den biblischen Glauben von einem YHWH-Königtum als Echo einer tatsächlichen historischen Erfahrung darzustellen, beinhaltet laut Zank ein starkes politisches Element, da Buber mit einem Gegenwartsbezug forschte und unmittelbare Relevanz für das politische und religiöse Leben beanspruchte. Das Königtum Gottes sei demnach einerseits ein Beitrag zur Bibelwissenschaft und Glaubensgeschichte, insoweit der Glaube Wirkung zeitigte. Andererseits habe Buber mit dieser Vorgehensweise ein auf die zionistische Landnahme abzielendes normatives Anliegen in den Bibeltext hineingetragen.

ROBERT E. LERNER (Evanston) problematisierte die Antrittsvorlesung von Ernst Kantorowicz in Frankfurt vom Juni 1931, in der Kantorowicz darüber nachsann, was Adel sei und zugleich die Aktualität dieser Frage für die Gegenwart herausstellte. In seiner Antwort betonte Kantorowicz, dass Adel gerade keine Frage des Intellekts sei, sondern des Geblüts. Schon in seiner Biographie über „Friedrich der Zweite“ (1927) habe Kantorowicz auf ein dem Kaiser zugeschriebenes Diktum hingewiesen, welches er sich in politischer Hinsicht zu Eigen gemacht habe: Imperium transcendat hominem. Wie bei niemandem sonst, so analysierte Lerner, spiegeln sich in den frühen wissenschaftlichen Arbeiten dieses Mediävisten seine politischen deutsch-nationalen Überzeugungen. Obwohl selbst Jude (aber „kein Ullstein Jude“, so Kantorowicz selbst), habe Kantorowicz in seiner Biographie mit eisiger Objektivität geschrieben, dass Juden vom Kaiser nur insoweit toleriert wurden, wie dies dem Reich nutzte. Doch der dem Kaiser zugeschriebene Gedanke einer Synthese von Weltbürgertum und Deutschtum sei es, so Lerner, der Kantorowicz vom Nationalsozialismus abgrenze.

EMANUEL FAYE (Rouen) untersuchte, ob die von Erich Voegelin in seinen Schriften zur Rassenfrage (1933-1935) vertretene Rassenkonzeption wirklich als Kritik am Nationalsozialismus zu verstehen sei, wie es die bisherige apologetische Voegelin-Rezeption oftmals postuliert habe. Dazu thematisierte Faye

den Briefwechsel Voegelins: dieser habe im nationalsozialistischen Deutschland eine akademische Anstellung erstrebt und hierfür mit Ernst Kriek korrespondiert (diese Briefe werden im Tagungsband zum Teil erstmalig abgedruckt). Faye führte aus, dass Voegelin sowohl inhaltlich der NS-Ideologie nahestand als auch auf die akademischen NS-Ideologen zugeht und dabei ihre rassistischen Erwartungen ihn selbst betreffend bediente. Schon Aurel Kolnei habe 1938 erkannt, dass Voegelin dazu beigetragen hat, „das Konzept der Wissenschaft zu rassifizieren“.

CARSTEN KRETSCHMANN (Stuttgart) ging auf die Biographie Walter Platzhoffs ein: Politisch habe er sich vor 1933 nicht exponiert, vielmehr sei er dem Nationalsozialismus mit Unverständnis begegnet. Mit seiner Geschichtsschreibung habe Platzhoff jedoch zur geistigen Mobilisierung beigetragen. Das Jahr 1933 mit all seinen Entlassungen habe er als Chance gesehen und verblieb, da ihm das Rektorat der Universität sicher war, in Frankfurt. Platzhoff trat 1939 in die Partei ein und bediente diese mit dem, was sie hören wollte. Im Folgenden wehrte er sich gegen die Versetzung nichtarischer Professoren an die Universität Frankfurt: denn die unter dem Menetekel der Schließung stehende Universität müsse ihre Lebensbefähigung beweisen. Dieser ständige Legitimationsdruck sei, so Kretschmann, der Schlüssel für Platzhoffs Verhalten gewesen: Zwar sei er kein völkischer Wissenschaftler gewesen, jedoch ein Karrierist, der zunehmend bedenkenloser agierte und sich dabei der Logik des Systems unterwarf.

MITCHELL ASH (Wien) konstatierte, dass Termini wie „modern“ umkämpft waren und vieldeutige Verwendungen fanden. Konzepte wie „Ganzheit“ und „Gestalt“ seien lange Zeit als Ausdruck eines völkisch-ideologischen Denkens angesehen worden, gerade in einer Zeit wie den 1930ern, in der der „Hunger nach Ganzheit“ an politischer Bedeutung gewann – doch sei auch um diese Begriffe gerungen worden. Als Beispiel führte Ash zwei Vertreter des ganzheitlichen Denkens an: Max Wertheimer und dessen Schüler Wolfgang Metzger. Ganzheit und Gestalt waren, so bilanzierte Ash, umkämpfte Codes, denen unterschiedliche Bedeutungen gemäß

dem wissenschaftlichen und politischen Gebrauchskontext zugeschrieben wurden: während Wertheimer das ganzheitliche Denken zu Positionen wie Demokratie und einem „Glauben“ an Objektivität führte, glich Metzger es an die neuen politischen Verhältnisse in Deutschland an.

SHEILA F. WEISS (Potsdam/New York) widmete sich dem Prozeß, in welchem die Rassegutachten im Nationalsozialismus zustande kamen. Diese sollten zwischen „deutschem Blut“ und „Mischlingen“ unterscheiden. Das hierfür angewandte Mittel sei die Ähnlichkeitsanalyse gewesen, die auch noch in der BRD zur Eruiierung des biologischen Vaters Anwendung fand. Diese Tatsache werfe laut Weiss die Frage nach der Wissenschaftlichkeit dieses Verfahrens auf. Man könne der Ähnlichkeitsanalyse nicht per se die Wissenschaftlichkeit absprechen, denn erst ihre spezifische Aufgabe, im Nationalsozialismus die rassische Beurteilung von Individuen und die jüdischen Einflüsse zu ermitteln, sei verwerflich. Das vorgetragene Ergebnis von Weiss' Forschung war, dass die Gutachten in einem Mix von ideologischen Vorurteilen und (formaler) wissenschaftlicher Praxis zustande gekommen seien. Mit der Zuspitzung des Krieges verlangten die für die Rassenpolitik zuständigen Stellen absolute Klarheit über die Rassenabstammungen, was dem Problem der umstrittenen jüdischen Merkmale zunehmende Bedeutung verlieh. Der auf der Suche nach eindeutigen jüdischen Merkmalen befindliche Mediziner Otmar Freiherr von Verschuer und sein Schüler Josef Mengele seien oftmals dafür kritisiert worden, gerade keine eindeutigen Aussagen in ihren Rassegutachten zu machen. Allerdings seien sie aus ihrer eigenen Perspektive heraus dazu gar nicht in der Lage gewesen, so Weiss, da die rassistischen Eigenschaften der Juden noch nicht abschließend erforscht gewesen seien. Die Frage, ob damit „gute Wissenschaft“ betrieben wurde, wurde heftig diskutiert.

MORITZ EPPLE (Frankfurt am Main) stellte Ludwig Bieberbach als einen Protagonisten der „deutschen Mathematik“ vor, der die Verquickung von rassistischen und antisemitischen Auffassungen mit der Wissenschaft betrieb. Dabei spürte Epple der ideologischen Unterwanderung der Wissenschaft sowie der

damit einhergehenden Veränderung der Wissenschaftskultur nach und kam zu dem Ergebnis, dass es neben Bieberbachs Aktionen auch die Reaktionen seiner Kollegen waren, die die Wissenschaftskultur determinierten. In der historischen Wahrnehmung habe vor allem die Tatsache, dass sich Bieberbach mit seinem Anspruch auf die eigene Führerschaft innerhalb der deutschen Mathematik nicht durchsetzen konnte, zum Mythos einer auch in nationalsozialistischen Zeiten unpolitischen Mathematik geführt.

JOHN STILLWELL (San Francisco) zeichnete die bewegende Lebensgeschichte von Max Dehn nach. Dieser Mathematiker kam als Nachfolger von Ludwig Bieberbach an die Frankfurter Universität. Die Beendigung seiner aktiven Zeit als Wissenschaftler an der Universität in Frankfurt erfolgte, so vermutete Stillwell, auf Betreiben eines Politikers, der sich zuvor als Mathematiker versucht hatte und dessen der „intuitiven“ Mathematik verpflichtetes Werk Dehn nicht positiv rezensiert hatte. Seine 1938 angetretene abenteuerliche Flucht klinge wie eine Geschichte von Jules Verne.

MARTIN JAY (Berkeley) ging auf das Etikett des „Grand Hotel Abgrund“ ein, das Georg Lukács der Frankfurter Schule anheftete und damit auf die ihr innewohnenden Widersprüchlichkeiten hinwies, dass sich ihre Mitglieder für linke Philosophie interessierten, sich aber nicht mit den linken Parteien gemein machen wollten. Laut Jay setzten politisch Linke für ihre Gesellschaftskritik einen gesicherten Standpunkt voraus, von dem aus sie, selbst in unangreifbarer Position, ihre Angriffe formulieren konnten. Die der Frankfurter Schule innewohnenden Widersprüche haben auf der inhaltlichen Seite dazu geführt, dass die Vorstellung von der Erfordernis eines festen Standpunktes hinterfragt und stattdessen die Suche nach den Ursprüngen in den Vordergrund gerückt sei. Ein Argument für dieses Umschwenken sei gewesen, dass die Suche nach dem *einen* Ursprung einen politischen Aspekt berge, gar eine Verbindung zur Blut und Boden-Doktrin aufweise.

DAVID KETTLER (Annandale) thematisierte die Berufung Karl Mannheims als Nachfolger von Franz Oppenheimer. Großes Gewicht legte Kettler auf die Rolle des preu-

ßischen Kultusministers C.H. Becker und dessen Vision der Soziologie, die den Grund für die Etablierung der Soziologie als neuer Disziplin in der preußischen Wissenschaftskultur aufzeige. Mannheims Verständnis einer „politischen Soziologie“ entspreche Beckers Intention: Für Mannheim sei die Universität ein Brennpunkt gewesen, in dem politisches Wissen organisiert, weitergedacht und auf die Gesellschaft übertragen wurde. Die von Mannheim verfolgte soziologische Methode habe darauf abgezielt, die herrschenden politischen Ideologien zu synthetisieren und Gemeinschaft neu zu ermöglichen.

HEINZ D. KURZ (Graz) thematisierte die Biographie Franz Oppenheimers. Vor seiner akademischen Karriere war dieser als Arzt in einem Berliner Armenviertel tätig. Ein Erweckungserlebnis à la Luther habe in ihm ein starkes Sendungsbewußtsein wachgerufen und er habe mit seiner Wissenschaft zur Erlösung der Menschheit von den irdischen Übeln beitragen wollen: Oppenheimers Ziel sei es gewesen, die „soziale Frage“ zu lösen und gegen die sozialen Mißstände anzugehen. Sein Wirken habe er demnach auf praktisch-politische Ziele hin ausgerichtet. Auf Themenfeldern, die sowohl von Oppenheimer als auch von der NS-Ideologie besetzt wurden, habe sich ersterer bewußt vom Nationalsozialismus abgegrenzt: Jede Staatlichkeit bedeutete gemäß Oppenheimer eine Unterwerfung, was dieser als „Sündenfall“ etikettierte. Bei den Nationalsozialisten sei jedoch nur diejenige Unterwerfung verwerflich gewesen, die das falsche Volk oder die falsche Rasse ausbeute.¹

ALEXANDER VON SCHWERIN (Braunschweig) konstatierte, Boris Rajewsky sei sowohl im Dritten Reich als auch in der BRD unentbehrlich gewesen und habe in beiden politischen Systemen Karriere gemacht. Als russischer Emigrant sah sich Rajewsky 1933/34 mit auf seine Vertrauenswürdigkeit abzielenden Schwierigkeiten konfrontiert: Der Eintritt in die SA 1933 habe allein dazu gedient, seine Person den Nationalsozialisten glaubwürdig zu machen und somit auch sein Institut zu retten. Im Verlauf des Krieges beauftragte das OKH das Institut Rajewskys, die

¹ Leider mußte der Vortrag von DIETER HOFFMANN (Berlin) entfallen.

Wirkung von radiologischen Waffen zu erforschen, woraufhin einige Institutsmitarbeiter unter Mitwissen Rajewskys Versuche mit radioaktiven Inhalationen an nichtinformierten Menschen ausführten. Rajewsky, so von Schwerin, habe dem Nationalsozialismus aktiv zugearbeitet und sich diesem in seiner Denk- und Arbeitsweise angeglichen: Zwar habe er sich niemals explizit ideologisch exponiert, doch lasse die praktische Seite seines Arbeitens implizite Erkenntnisse zu. In seinem Entnazifizierungsverfahren sei jedoch lediglich die persönliche Gesinnung zum Gegenstand erhoben worden, nicht aber das praktische Arbeiten sowie die Forschungsinhalte.

JEFFREY HERF (College Park) wies im Abschlußvortrag darauf hin, dass Max Horkheimer und Theodor W. Adorno in ihrer „Dialektik der Aufklärung“ (1944) von den historischen Spezifika und deutschen Eigenheiten abstrahiert und dafür rein abstrakt argumentiert haben. Nicht das NS-Deutschland oder Stalins Sowjetunion, sondern vielmehr die „Menschheit“ sei den beiden Autoren zufolge in die Barbarei abgesunken. Herfs These war, dass gerade diese Leerstelle in der „Dialektik der Aufklärung“ zu ihrem Erfolg in Deutschland beigetragen habe. Insofern sei es auch interessant zu fragen, warum die beiden Autoren in der Nachkriegszeit in Deutschland gerade aufgrund ihrer Bemühungen um die Aufklärung der NS-Verbrechen berühmt seien.

Die Thematisierung der Frankfurter Universität als Erfahrungshorizont, aus dem heraus bekannte völkische und berühmte jüdische Wissenschaftler ihre Fragen und Wirklichkeitsgestaltenden Ideen entwickelten, gewährte tiefgreifende Einblicke in die Gedankenführungen und die Erarbeitung zum Teil wegweisender, weil progressiver Theorien in einer Zeit der politischen Wissenschaft. Dabei konnten gerade durch die Konzentration auf einzelne Biographien und Profile sowie die Kontrastierung etwa von Kollegen oder Lehrer-Schüler-Verhältnissen neue Erkenntnisse hinsichtlich den Auswirkungen einer institutionell und wissenschaftskulturell bedingten Koexistenz von „jüdischen“ und „völkischen“ Wissenschaftlern gewonnen werden.

Konferenzübersicht

Johannes Fried: Begrüßung

1. Abschnitt: Einleitung

Steven E. Aschheim: The Weimar Intellectual Kaleidoscope – and, incidentally, Frankfurt’s not minor place in it

Shulamit Volkov: Integration through Accomplishment: Jews in the Kaiserreich

Moshe Zimmermann: The paradox mutation – The jewish-völkisch interpretation of History

2. Abschnitt: Jurisprudenz

David Dyzenhaus: Hermann Heller and the „Jewish Element“ in German Public Law Theory

Peter C. Caldwell: Political Mobilization and the Abandonment of Scholarly Responsibility

3. Abschnitt: Religionswissenschaft

Michael Zank: Martin Buber an der Universität Frankfurt (1923-33): Universitätsgeschichtliche Erinnerung und wissenschaftsgeschichtliche Annäherung

4. Abschnitt: Geschichtswissenschaft und Universitätsverwaltung

Robert E. Lerner: Ernst Kantorowicz’s Decision

Emanuel Faye: Eric Voegelins Haltung zum Nationalsozialismus. Überlegungen zum Briefwechsel Kriek-Voegelin (1933-1934)

Carsten Kretschmann: Geschichte als Politik – Walter Platzhoff

5. Abschnitt: Psychologie und Biologie

Mitchell Ash: Ganzheit und Gestalt – Umkämpfte kulturelle Codes vor und nach 1933

Sheila F. Weiss: Rassegutachten and „Jewish Racial Traits“ – Otmar Freiherr von Verschuer and Nazi Racial Policy Practice at the Institut für Erbbiologie und Rassenhygiene

6. Abschnitt: Mathematikwissenschaft

Moritz Epple: Von der Zusammenarbeit zur Denunziation – Ludwig Bieberbach und seine jüdischen Kollegen

John Stillwell: Max Dehn

7. Abschnitt: Soziologie

Martin Jay: Ungrounded: Horkheimer and the Founding of the Frankfurt School

David Kettler: Karl Mannheim in Frankfurt: A Political Education

Heinz D. Kurz: Franz Oppenheimer und das Problem der Erlösung der Menschheit

8. Abschnitt: Physik

Alexander von Schwerin: Mobilisierung der Strahlenforschung im Nationalsozialismus – Der Fall Boris Rajewsky

9. Abschnitt: Abschluß

Jeffrey Herf: The Displacement of German History in the „Dialectic of Enlightenment“

Festvortrag: Avi Primor

Tagungsbericht „*Politisierung der Wissenschaft*“: Jüdische, völkische und andere Wissenschaftler an der Universität Frankfurt am Main. 27.06.2012–01.07.2012, Frankfurt am Main, in: H-Soz-Kult 18.05.2013.